



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-291
E-Mail: info@kommunen.nrw
Internet: www.kommunen.nrw

Je besonders an die

1. Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
2. stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
3. ständigen Gäste

Aktenzeichen: G 10.2.006/004
Ansprechpartner:
Geschäftsführer Gerbrand
Referentin Ehlert
Durchwahl 0211 • 4587-241/-233

16. Oktober 2018

Niederschrift über die

116. Sitzung des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr am 10. Oktober 2018 in Bad Driburg

I. Teilnehmer

1. Ordentliche Mitglieder:

| | | |
|--------------------|-------------|-------------|
| HBM | Büscher | Much |
| HBM | Francken | Weeze |
| HBM | Kersting | Eslohe |
| HBMMin | Frau Mahnke | Nottlun |
| Stv.BM | Pantke | Paderborn |
| Vorstandsvors. AÖR | Rötters | Moers |
| BM | Sendermann | Olfen |
| HBM | Stickeln | Warburg |
| HBM | Streffing | Sendenhorst |
| RM | Völkel | Erndtebrück |
| HBM | Dr. Wulf | Augustdorf |

2. Stellvertretende Mitglieder:

| | | |
|--------|-----------------|-------------|
| RM | Diederichs-Späh | Kamen |
| RM | Henrichs | Stadtlohn |
| Stv.FV | Stötzel | Hilchenbach |
| FBL | Wulf | Beckum |

3. Ständige Gäste

keine

4. Referenten:

Geschäftsführerin
Hauptreferentin

Dr. Doll-König
Wellmann

TourismusNRW
StGB NRW

5. Geschäftsstelle:

Geschäftsführer Gerbrand
Referentin Ehlert

6. Vorsitz:

1. Vorstandsvorsitzender AÖR, Rötters, Moers

(Teilnehmerliste ist beigelegt **Anlage 1**)

II. Tagesordnung:

1. **Genehmigung der Niederschrift über die 115. Sitzung am 11. April 2018 in Olfen**
2. **Tourismus neu denken**
BE: Geschäftsführerin Dr. Heike Döll-König, Tourismus NRW e.V.
3. **Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge – eine Alternative in NRW?**
BE: Referentin Cora Ehlert, StGB NRW
4. **Anstalten öffentlichen Rechts als Dienstleistungsträger für Kommunen**
BE: Hauptreferentin Anne Wellmann, StGB NRW
5. **EU Struktur- und Investitionsfonds – aktuelle Entwicklungen**
BE: Geschäftsstelle
6. **Umsetzung des Gigabit Masterplans der NRW Landesregierung**
BE: Geschäftsstelle
7. **Erfahrungsaustausch Kooperationsverträge der Deutschen Glasfaser**
BE: Geschäftsstelle
8. **Sachstand zur Änderung von § 48 OBG NRW**
BE: Geschäftsstelle
9. **Verschiedenes**
 - Novelle Bundesprogramm Breitbandausbau und Digitalfonds
 - Mautpflicht auf Bundesstraßen
 - Einrichtung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
 - Seminar des StGB NRW zu Straßenausbaubeiträgen
 - Kongress Kommunale Wirtschaftsförderung
 - Ergebnisse der Jurysitzung digitaler Einzelhandel
 - Ort und Zeit der nächsten Sitzung

III. Ergebnisse

Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Vorstand AÖR **Rötters**, Stadt Moers, sowie Geschäftsführer **von Glasenap**, Drive Resort Bilster Berg und BM **Stickeln**, Stadt Warburg, begrüßen die Teilnehmer.

Zu TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die 115. Sitzung am 11. April 2018 in Olfen

Die Niederschrift über die 115. Sitzung des Ausschusses am 11. April 2018 in Olfen wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Tourismus neu denken

Geschäftsführerin **Dr. Döll-König**, Tourismus NRW e.V., stellt aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen und Trends im Tourismus in NRW vor. Der Tourismus dürfe keinesfalls isoliert betrachtet werden. Wichtig sei eine enge Verzahnung der örtlichen Wirtschaft, der Bürgerinnen und Bürger und des Tourismus. Man könne gegenseitig voneinander profitieren und so den Standort insgesamt attraktiver machen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 2** beigefügt ist.

In der anschließenden Diskussion macht GFin **Dr. Döll-König** auf Nachfrage von BMin **Mahnke** deutlich, dass es auch ein „Zuviel“ an Tourismus geben könne. Insbesondere Vermittlungsplattformen, wie etwa Airbnb, würden die Wohnraumknappheit in den Zentren verschärfen. Hier müssten kommunale Lösungen gefunden werden, da ein gesetzgeberisches Handeln nur schwer möglich sei. BM **Dr. Wulf** hält es für erforderlich, nach den Ursachen des Reiseverhaltens zu fragen, um zu entscheiden, wie Tourismus am besten gefördert werden könne. BM **Sendermann** mahnt baurechtliche Probleme bei der Umsetzung von konkreten Tourismus-Projekten an. GFin **Dr. Döll-König** weist darauf hin, dass viele Betriebe eine zu enge Perspektive hätten. Erforderlich sei ein strategischer Ansatz, ausgerichtet an den künftigen Trends und Bedarfen.

Der Ausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Ausschuss hebt die hohe Bedeutung des Tourismus in NRW als Wirtschaftsfaktor und Jobmotor hervor. Zu begrüßen ist ganz besonders, dass der Tourismus in Deutschland derzeit nirgendwo stärker wächst als in Nordrhein-Westfalen und 2017 erneut ein Rekordniveau erreicht hat.“

Der Ausschuss unterstützt die Bestrebungen der Landesregierung NRW bis Sommer 2019 eine Landestourismusstrategie gemeinsam mit den relevanten Partnern zu erarbeiten. Es wird erwartet, dass hierbei der StGB NRW einbezogen wird.

Der Ausschuss appelliert darüber hinaus an das Land, weiterhin ausreichende und umfassende Fördermittel zur Stärkung des Tourismus in NRW bereitzustellen.“

Zu TOP 3: Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge – eine Alternative in NRW?

Referentin **Ehlert** stellt die aktuelle Diskussionslage im Straßenbaubeitragsrecht dar und geht auf mögliche Alternativen zu dem derzeitigen System der Einmalbeiträge ein. Aus Sicht der Geschäftsstelle sollten Verbesserungen aber vorzugsweise im bestehenden System umgesetzt werden.

Die in anderen Bundesländern praktizierten Modelle hätten gravierende Risiken für die kommunale Haushaltslage oder würden die Situation vor Ort noch verschärfen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 3** beigefügt ist.

In der anschließenden Diskussion betont BM **Stickeln**, dass das Land NRW die ausfallenden Anliegerbeiträge im Falle einer Abschaffung nicht würde gegenfinanzieren können und wollen. RM **Völkel** macht deutlich, dass sich die Diskussion verselbständigt habe. Der Rat würde einen Ausbau aufgrund der hohen Anliegerbelastung häufig ablehnen. Insofern plädiere er für eine Abschaffung der Straßenbaubeiträge. BM **Sendermann** meint, dass es neue Finanzierungsmodelle geben müsse. BMin **Mahnke** verweist auf die Diskussionen vor Ort. BM Dr. **Wulf** fordert das Land auf, endlich Klarheit zu schaffen. RM **Diederichs-Späh** bemängelt, dass oft auch nach vielen Jahren noch keine Schlussrechnungen vorlägen und Abrechnungen daher erst verzögert erfolgen könnten. BM **Francken** spricht sich für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Systems aus und betont das Recht der kommunalen Selbstverwaltung. BM **Streffing** plädiert ebenso für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Systems, da es eine hohe Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern gebe. FBL **Wulf** schließt sich dem ebenfalls an.

Der Ausschussvorsitzende, Vorstand AÖR **Rötters**, hält fest, dass sich eine Mehrheit für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems abzeichne und sich damit an der Beschlusslage des Ausschusses aus 2013 nichts ändere. Ferner werde die Geschäftsstelle gebeten, eine Umfrage durchzuführen, um die genaue Höhe der in NRW erhobenen Straßenbaubeiträge zu ermitteln.

GF **Gerbrand** macht deutlich, dass es aktuell keine Alternativen zum System der Einmalbeiträge gebe. Die Kommunen müssten konsequent agieren und das Recht durchsetzen. Helfen könne aber ein gutes Straßenerhaltungsmanagement, welches derzeit noch in viel zu wenigen Kommunen umgesetzt sei. Die Einführung wiederkehrender Beiträge würde das Problem nur in ein anderes System verlagern. Eine Befriedung werde damit nicht erreicht. Eine Abschaffung des Straßenbaubeitragsrechts hätte außerdem zur Folge, dass die Kommunen „im Regen stehen gelassen würden“. Insofern sollten allenfalls einzelne Modalitäten im bestehenden System verbessert werden. Sichergestellt werden müsse auf jeden Fall, dass die Kommunen finanziell schadlos gestellt werden.

Zu TOP 4: Anstalten öffentlichen Rechts als Dienstleistungsträger für Kommunen

Hauptreferentin **Wellmann** trägt zu dem Thema „Anstalten des öffentlichen Rechts“ vor. Sie stellt die Strukturen und Aufgaben einer AÖR vor und verweist auch auf rechtliche Probleme im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung.

In der anschließenden Diskussion bemängelt BM **Büscher** die geringe Möglichkeit der Einflussnahme durch den Bürgermeister und Rat. Der Ausschussvorsitzende, Vorstand AÖR **Rötters**, merkt hierzu an, dass der Verwaltungsrat der AÖR die politischen Mehrheiten im Rat abbilde. Auf Nachfrage von BM **Francken** macht Referentin **Wellmann** deutlich, dass Planungsaufgaben nicht auf eine AÖR übertragen werden könnten.

Zu Top 5: EU Struktur- und Investitionsfonds – aktuelle Entwicklungen

GF **Gerbrand** stellt den aktuellen Sachstand bei der Neuausrichtung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds dar. Es sei fraglich, ob diese noch vor der anstehenden Europawahl im Jahr 2019 beschlossen würden. Nach einem Gespräch mit Staatssekretär Dammernann, MWIDE NRW, habe dieser zugesagt, dass die kommunalen Spitzenverbände bei der Formulierung der Positionen des Landes NRW frühzeitig beteiligt werden sollen. Auf Nachfrage von BM **Dr. Wulf** betont GF **Gerbrand**, dass das Land NRW in jedem Falle für einen Ausgleich sorgen müsse, sollten aufgrund des Brexit weniger Mittel für NRW bereit-

stehen. Die Forderung nach höheren Schlüsselzuweisungen werde finanzpolitisch stets erhoben und sei unabhängig von der Kohäsionspolitik.

Der Ausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

„Für eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Regionalentwicklungs- und Strukturpolitik im Land Nordrhein-Westfalen hält der Ausschuss die grundsätzliche Weiterführung der bisherigen Kohäsionspolitik für dringend notwendig.

Sollten die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen durch eine etwaige Verringerung der Mittel im EU-Haushalt durch den Brexit betroffen sein, fordert der Ausschuss einen landesinternen Ausgleich. Vor dem Hintergrund der nach wie vor hohen strukturpolitischen Herausforderungen für die Städte und Gemeinden in NRW sowie neu hinzukommende Aufgaben, wie etwa im Braunkohlerevier, dürfte nach Einschätzung des Ausschusses sogar eine Aufstockung der Mittel erforderlich sein.

Der Ausschuss begrüßt den von der EU geplanten Abbau bürokratischer Hürden und die anvisierte stärkere Einbindung der Kommunen in die verantwortliche Verwendung der Kohäsionsmittel und erwartet vom Land diese Vereinfachungen in ihren Förderprogrammen so bald wie möglich umzusetzen.“

Zu TOP 6: Umsetzung des Gigabit Masterplans der NRW Landesregierung

Der Vorbericht wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 7: Erfahrungsaustausch Kooperationsverträge der Deutschen Glasfaser

Referentin **Ehlert** berichtet über rechtliche Risiken im Zusammenhang mit sog. Kooperationsverträgen der Deutschen Glasfaser. Die Mitgliedskommunen seien über einen Schnellbrief hierüber informiert worden. Ein persönliches Gespräch mit der Deutschen Glasfaser erfolge in der kommenden Woche.

BMin **Mahnke** schildert eigene, weitgehend negative Erfahrungen mit der Deutschen Glasfaser.

Zu TOP 8: Sachstand zur Änderung von § 48 OBG NRW

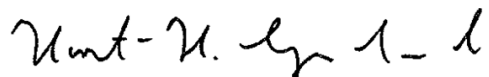
Referentin **Ehlert** berichtet über den Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des § 48 OBG NRW – Geschwindigkeitsüberwachungen durch Mittlere kreisangehörige Städte. Aufgrund politischer Intervention des Landkreistages NRW ruhe das Gesetzgebungsverfahren derzeit. GF **Gerbrand** ergänzt, dass HGF Dr. Schneider hierzu bereits Gespräche mit Staatssekretär Dr. Heinisch, MHKBG NRW, geführt habe.

Zu TOP 9: Verschiedenes

- Novelle Bundesprogramm Breitbandausbau und Digitalfonds
- Mautpflicht auf Bundesstraßen
- Einrichtung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
- Seminar des StGB NRW zu Straßenausbaubeiträgen
- Kongress Kommunale Wirtschaftsförderung
- Ergebnisse der Jurysitzung digitaler Einzelhandel

Die Vorberichte werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung findet am **Mittwoch, den 27. März 2019** auf Einladung von BMin Mahnke in Nottuln statt.


Horst-Heinrich Gerbrand


Cora Ehlert